

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/103

Bonn, den 3. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Bahn frei für Sachentscheidungen?</u> Nach dem Nachtgespräch der Koalitionspartner	45
2 - 2a	<u>Gesamtschule - CSU als Bremser</u> Kultusminister Huber igelt sich ein	69
3 - 4	<u>Diplomatische Offensive Israels</u> Gespräche mit Nixon vorgesehen Von unserem Korrespondenten in Israel, J.-E. Falcon	65

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Wischnewski: Den Interessen unseres Landes gemäß entscheiden
Figgen: In Verantwortung für das ganze deutsche Volk
Zur Familienzusammenführung aus Rumänien
Von der Position der Bundesrepublik ausgehen
Sich vor groben Vereinfachungen hüten
Mit "München" läßt sich keine Politik treiben
Botschafter Meyer +
Paul-Löbe-Straße in Wuppertal

Bahn frei für Sachentscheidungen?

Nach dem Nachtgespräch der Koalitionspartner

sp - Die Vertreter der Koalitions-Parteien haben, gemeinsam mit dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler, bis in die frühen Morgenstunden des heutigen Dienstag über die noch in dieser Legislaturperiode zu erledigenden Aufgaben beraten. Sie sind hierbei zu dem Ergebnis gelangt, daß die **s a c h l i c h e** Arbeit den Vorrang haben muß.

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, kann eine vollständige Bilanz dieses Nachtgesprächs noch nicht gegeben werden. Eines ist jedoch sicher: Die Koalitions-Parteien, die sich nach dem Scheitern der Regierung Erhard/Mende vorgenommen hatten, das im November 1966 leck gewordene Staatsschiff wieder flottzumachen, wollen bis zum Ende der Legislaturperiode zusammenbleiben und versuchen, die noch zu verabschiedenden Gesetze unter Dach und Fach zu bringen. Hierbei sollen - auch das ist ein Ergebnis des Nachtgesprächs nicht Mehrheits-, sondern **S a c h e n t s c h e i d u n g e n** angestrebt werden. Sollten Sachentscheidungen nicht erzielt werden können, dann werden Kompromisse angestrebt und wenn diese auch nicht erreichbar sind, dann will man offen sagen, warum dies nicht möglich ist.

In der Frage Kambodscha empfehlen die Gesprächspartner, daß die Bundesregierung die Beziehungen zu diesem fernen Staat in Südostasien auf eine Ebene herabschraubt, auf der sich die Beziehungen Kambodschas zur Bundesrepublik gegenwärtig bewegen. (Bekanntlich hat Kambodscha keinen Botschafter in Bonn; er residiert in Paris und nimmt von dort aus die Interessen seines Landes in mehreren europäischen Staaten wahr.) Der deutsche Botschafter in Kambodscha bleibt in der Bundesrepublik. Früher übernommene Verpflichtungen, besonders wirtschaftlicher und technischer Art, werden abgewickelt. Neue Verpflichtungen werden nicht übernommen.

Es kann sein, daß die Regierungsparteien durch diese Entscheidungen, von denen im wesentlichen die **i n n e r p o l i t i s c h e n** Probleme berührt werden, einen wichtigen Beitrag zur Politisierung des demnächst beginnenden Wahlkampfes geleistet haben. In den kommenden Wochen und Monaten wird die deutsche Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen können, welche Gesetze entsprechend der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 verabschiedet werden konnten, bei welchen Fragen ein Kompromiß erzielt wurde und welches Problem ungelöst bleiben mußte. Natürlich werden die Parteien der Bevölkerung auch zu sagen haben, welches die **M o t i v e** für einen vielleicht notwendigen Kompromiß oder für die Unmöglichkeit waren, dieses oder jenes Gesetz nicht verabschieden zu können.

Dies alles gehört zum Prozeß der Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens und bleibt eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Klarheit und Übersichtlichkeit bei kommenden politischen Entscheidungen. Es ist zu hoffen, daß die am 28. September stattfindende Bundestagswahl hierdurch eindeutig den Charakter einer **p o l i t i s c h e n** Entscheidung erhält.

Gesamtschule - CSU als Brenner

Kultusminister Huber igtelt sich ein

syk - Wenn Kultusminister Dr. Huber seine weltanschaulichen Verklemmungen nicht bald überwindet, dürfte Bayern das einzige Land der Bundesrepublik bleiben, das Modellversuche mit der Gesamtschule ablehnt. Gegenwärtig wird die Gesamtschule bereits in fünf Ländern der Bundesrepublik erprobt. Drei weitere Länder haben Versuchsschulen geplant.

Vor einigen Tagen hat der deutsche Wissenschaftsrat empfohlen, 40 Versuchsschulen in allen Teilen der Bundesrepublik einzurichten. Auch in Bayern könnten derartige Versuche bereits laufen, wenn die CSU nicht bisher alle Anträge der SPD im Landtag abgelehnt hätte. Das Kultusministerium begann lediglich voriges Jahr den Versuch mit einer sogenannten kooperativen Gesamtschule in Schongau. Hier handelt es sich aber lediglich um eine Zusammenarbeit von selbständig gebliebenen Schulen. Die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates läßt diese Form außer acht, weil sie nicht als echte Gesamtschule betrachtet wird.

Wie kurzsichtig das bayerische Kultusministerium handelt, ist aus der schroffen Ablehnung eines Angebotes der Gemeinde Planegg zu ersehen. Bürgermeister Neumann hatte Kultusminister Dr. Huber in einem Brief vom 22.4.1969 um die grundsätzliche Zusage gebeten, in der Gemeinde Planegg eine integrierte Gesamtschule als Versuchsschule zu genehmigen. Die in der Nähe Münchens gelegene Gemeinde läßt gerade ein Planungsgutachten für eine große Wohnsiedlung ausarbeiten. Dabei muß auch der Flächenbedarf für die Gemeinschaftseinrichtungen angegeben werden. Obwohl Zuschüsse und Darlehen für die dort notwendigen Schulbauten nicht vor 1972 notwendig sein werden, muß die Gemeinde bereits heute wissen, ob ein Versuch mit einer Gesamtschule genehmigt wird, weil dann ein wesentlich größerer Flächenbedarf notwendig wäre.

Das alles schilderte der Planegger Bürgermeister dem bayerischen Kultusminister. Die Antwort bestand nur aus drei Sätzen. Minister Huber ließ durch einen Oberregierungsrat mitteilen, daß die von Bürgermeister Neumann gewählte Ausdrucksweise eine Beantwortung verbieten würde. Lediglich im Interesse der Gemeinde Planegg werde festgestellt, daß das Staatsministerium für Unterricht und Kultus nicht beabsichtige, in Planegg einen Versuch mit der Gesamtschule durchzuführen. - 2a -

Die Gemeinderäte wären mit Recht über diese Antwort verblüfft. Die Gemeinde Planegg ist sich durchaus darüber im klaren, daß durch eine solche Versuchsschule ein erheblich größerer Sachaufwand entstehen würde als bei den herkömmlichen Schulen. Man hatte deshalb zumindestens mit einer ernsthaften Prüfung gerechnet. Niemand ahnte, was die hohen Herren am Salvatorplatz so gekränkt haben könnte.

Bürgermeister Naumann ließ allerdings in dem Brief an den Kultusminister seiner Begeisterung für die Gesamtschule allzu freien Lauf. Einige Tage vorher hatte er nämlich an einer Tagung der Politischen Akademie Tutzing teilgenommen, wobei ihm ein Vortrag von Prof. Messerschmidt über die Gesamtschule als Ganztagschule so überzeugte, daß er die Vorteile für die Jugend seiner Gemeinde umgehend nutzen wollte. Deshalb gerieten auch einige Argumente aus dem Vortrag des Akademieleiters in den Brief an den bayerischen Kultusminister. Nichts Böses ahnend schrieb Bürgermeister Naumann u.a. auch diesen Satz:

- *"Um tatsächlich gleiche Bildungschancen für alle zu erreichen,
- * denke ich an eine Schule, die sich nicht mehr nach der Relegation,
- * sondern nach der Förderung der Talente der Schüljugend orientiert".

Das Wort Relegation mag nicht ganz richtig gewählt worden sein, jeder Unbefangene wird aber bemerken, daß es in diesem Zusammenhang etwa als "Hinausprüfen" zu verstehen ist. Der bayerische Kultusminister scheint aber überhaupt nur bis zu diesem Wort gekommen zu sein. Dann sah er rot, denn dieser Begriff ist mit Vorgängen verknüpft, die für Huber längst zum Trauma geworden sind. Daran hatte allerdings der Bürgermeister von Planegg nicht gedacht. Was er sehr ernst und ohne polemischen Hintergedanken gemeint hatte, faßte der Kultusminister als Unbotmäßigkeit auf.

Für Versuche mit einer integrierten Gesamtschule sind längere und kostspieligere Vorbereitungen erforderlich. An sich wäre es die Aufgabe eines Kultusministeriums, selbst die Initiative zu ergreifen und Gemeinden zu suchen, die dazu bereit sind. Die Ablehnung des Angebotes aus Planegg kennzeichnet den gegenwärtigen Zustand an der Spitze des Bayerischen Kultusministeriums. Sie hat sich gegen eine feindliche Umwelt eingeklinkt und liegt nur noch auf der Lauer, feindliche Angriffe abzuschlagen. Eine fruchtbare, in die Zukunft weisende Kulturpolitik ist in diesem Krampfzustand kaum möglich.

Diplomatische Offensive Israels

Gespräche mit Nixon vorgesehen

Von unserem Korrespondenten in Israel J.E. Palmon

Die Regierung Israels, die bekanntlich die Viermächte-Besprechungen über den Mittleren Osten abgelehnt hat und sich gegen ein "Diktat" der großen Staaten wendet, will sich nicht allein auf diese Zurückweisung beschränken.

Der israelische Botschafter in den USA, der frühere Generalstabschef Jizchak Rabin, hielt sich zur Berichterstattung in Israel auf. Bei dieser Gelegenheit wurde vereinbart, daß führende Kabinettsmitglieder im Ausland den israelischen Standpunkt darlegen sollen.

Außenminister Eban begibt sich nach mehreren Staaten Ostafrikas, unter anderem Äthiopien, Kenya und Uganda. Möglicherweise wird er noch weitere Länder Afrikas besuchen, um dort israelfeindlicher Propaganda entgegenzuwirken. Die arabischen Länder bemühen sich gerade jetzt sehr, die afrikanischen Staaten für sich zu gewinnen. Kürzlich hatte der Präsident von Kongo-Brazzaville Keiro besucht, dort hatte Präsident Nasser ihn für Unterzeichnung einer anti-israelischen Erklärung gewinnen können. Es gibt noch andere afrikanische Länder, die schwanken, und Israel möchte durch festere diplomatische Kontakte und Ministerbesuche die dort gewonnenen Positionen nicht verlieren.

Eine besondere Delegation begab sich nach Ghana, um sich mit der Regierung von Accra über Entschädigung für ein Flugzeug zu einigen, das bei dem Schlag gegen den Flughafen von Beirut beschädigt worden war. Die Ghanesen hatten erklärt, daß ihre Maschine nicht gegen Kriegsrisiko versichert war und hatten von Israel Entschädigung verlangt. Aus klaren politischen Erwägungen ließ sich Israel auf diese Forderung ein, und die Delegation sollte eine günstige Einigung mit Ghana herbeiführen. Außerdem sollten die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder erörtert und, wenn möglich, erweitert werden.

Noch wichtiger als die Reise des Außenministers ist die für Ministerpräsident Golda Meir vorgesehene Tour. Golda Meir soll zuerst nach Washington reisen, um dort persönlich Israels Bedenken gegen

das Eingreifen der Großmächte vorzutragen. In einem gewissen Moment erschien die Reise sehr dringlich, weil der Botschafter Rabin sich ziemlich skeptisch geäußert hatte. Inzwischen sind die Befürchtungen etwas abgeklungen, aber Golda Meir plant nach wie vor, in der zweiten Juni-Hälfte die Reise anzutreten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat in den letzten Wochen mehrmals den Israelis versichert, daß die USA im Rahmen der Verhandlungen mit den Russen keineswegs berechnete israelische Interessen opfern wollen. Die in Washington abgegebenen Erklärungen wurden noch durch zwei Abgesandte der amerikanischen Republikanischen Partei ergänzt. Der erste war Bernard Kasten, der in der Partei als Experte für Volksgruppen und auch für jüdische Angelegenheiten gilt. Der zweite war der Senator Jakob Javets, der heute großen Einfluß im Senat und in Regierungskreisen besitzt. Beide versicherten den Israelis, daß sie von der Nixon Administration nichts zu fürchten hätten und baten die israelischen Politiker, Vertrauen zu haben.

Nach den Plänen der Jerusalemer Regierung soll Golda Meir zuerst Washington besuchen. Bis Mitte Juni werden die möglichen Resultate der Großmächtebesprechungen mehr oder weniger klar sein, und sie kann dann konkrete Gespräche mit dem Präsidenten Nixon führen. Auf der Rückreise will Ministerpräsident Golda Meir London besuchen, wo der Vizeministerpräsident Alon, der ein Duzfreund Wilsons ist, schon den Boden vorbereitet hat. Schließlich hofft man in Jerusalem, daß der Ministerpräsident auch nach Paris kommen kann - dies wird allerdings erst nach dem zweiten Wahltermin (15. Juni) möglich sein. Aus der französischen Hauptstadt kamen Andeutungen, daß ein solcher Besuch möglich und erwünscht wäre, und in Israel würde man es sehr begrüßen, "den freundschaftlichen Dialog mit Frankreich wieder aufzunehmen", wie es Außenminister Eban formuliert hatte.

Bis heute liegen keine konkreten Zusagen für eine Änderung der Politik und insbesondere der Aufhebung des einseitigen Waffenembargos vor, aber man hofft, daß sich die Gesamtatmosphäre geändert hat. Daher soll diese Reise als äußeres Zeichen eines "neuen Anfanges" in den Beziehungen vonstattengehen.